

neues-deutschland.de / 26.11.2015 / Wirtschaft/Soziales / Seite 9

Konzernschutz statt Klimaschutz

Klimafonds: Koalition lehnt verbindliche Zahlungsziele ab und eröffnet Firmen neue Märkte

Grit Gernhardt

Überschwemmungen, Dürren, Hungersnöte, Naturkatastrophen: Ein milliardenschwerer UN-Fonds soll den Klimawandel im Süden bekämpfen. Doch die Bundesregierung zahlt nur zögerlich ein - und verfolgt auch wirtschaftliche Ziele.



Windräder in Santa Ana (Costa Rica) – solche Projekte können über den Klimafonds finanziert werden.

Foto: AFP/Ezequiel Becerra

Überschwemmungen, Dürren, Hungersnöte, Naturkatastrophen, Artensterben - die Liste der negativen Folgen des Klimawandels ließe sich endlos fortsetzen. Die Liste der Gegenmaßnahmen ist allerdings kurz: Seit Jahren debattieren die Hauptverursacher der Klimaveränderungen - westliche Industrieländer - praktisch ohne Ergebnis über Hilfen. Beschlossen wurde vor fünf Jahren einzig der Grüne Klimafonds (GCF). Er soll Maßnahmen für umweltfreundlichere Entwicklung und vor allem für Projekte gegen die bereits spürbaren Folgen des Klimawandels im Süden ermöglichen. Finanziert werden sollen die Projekte mit Hilfe zinsgünstiger Kredite etwa von der Weltbank, den Industriestaaten sowie Investitionsprogrammen von Firmen.

Doch die Zusagen der Geberländer tröpfeln nur; lange stand es in den Sternen, ob die ab 2020 geplanten 100 Milliarden Dollar jährlich für Klimaschutzmaßnahmen aufzubringen sein würden. Einen Großteil davon soll der GCF kanalisieren, daneben gibt es kleinere Töpfe. Inzwischen summieren sich die Zusagen laut OECD auf rund 62 Milliarden Dollar, über ein Drittel davon aus privaten Quellen. 4,5 Milliarden kommen aus

Deutschland. Im Oktober versprach die Weltbank weitere 29 Milliarden Dollar.

Um die Zeit bis 2020 zu überbrücken, sollten zehn Milliarden Dollar zur Verfügung stehen, das wurde erreicht: Laut Angaben des Bundesumweltministeriums ist der GCF »mit 10,2 Milliarden Dollar für die ersten Planungsrounden« ausgestattet. »Davon wurden 482,9 Mio. USD in Form von Krediten zugesagt, d.h. rund 4,7 Prozent des Gesamtvolumens«, heißt es in der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, die »nd« vorliegt.

Doch dass alle Zusagen erfüllt werden, ist nicht sicher: »Die Zusage begründet keine Zahlungsverpflichtung«, heißt es in dem Schreiben. Das Entwicklungshilfeministerium wird noch deutlicher: »Sowohl die Bundesregierung als auch die EU lehnen im neuen Klimaabkommen rechtsverbindliche, für einzelne Länder konkretisierte, quantifizierbare Zahlungsverpflichtungen ab.«

Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, kritisiert das: Deutschland sei einer der größten Klimasünder. Sie fordert einen nationalen Klimafinanzierungsplan mit verbindlichen Zahlungszielen. Bis 2020 müsse Deutschland jährlich sieben Milliarden Euro für den Klimaschutz bereitstellen. 2014 beliefen sich die Gelder für Klimaschutzprojekte - inklusive der Beiträge für den GCF - auf 2,344 Milliarden Euro. »Die Bundesregierung erweckt gern den Eindruck, für die Erstauffüllung des GCF mit 750 Millionen Euro tief in die Tasche gegriffen zu haben.« Allerdings sei das eine Ratenzahlung bis 2023 - verschwindend wenig angesichts der riesigen Klimawandelschäden, so Bulling-Schröter.

Ein weiterer Skandal: Die Klimaschutzgelder würden auf die Entwicklungshilfe angerechnet, das gehe aus den Antworten der Ministerien hervor: »Das Klimaversprechen von Kopenhagen sagt ganz klar, Klimafinanzierung muss neu und zusätzlich sein«, so die Politikerin.

Ein strukturelles Problem sei auch die Finanzierung des GCF teils aus privaten Mitteln, kritisiert Bulling Schröter. Konzerne könnten unter dem Deckmantel des Klimaschutzes in neue Märkte vordringen. »Kein Wunder, dass die Deutsche Bank als zweitgrößter deutscher Financier von Kohle an den Klimageldtopf will und als erste Privatbank zugelassen wurde.« Das Umweltministerium sieht die Deutsche Bank als geeigneten GCF-Partner: Das Institut habe alle Prüfungen der Sozial- und Umweltstandards bestanden, heißt es.

Auch Victoria Tauli-Corpuz, UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker, bewertet das Engagement der Bank beim GCF als »unmoralisch«. Der Anteil privater Finanzierung sei zu groß. »Wir müssen den Klimafonds demokratischer machen. Von den Staaten erwarten wir viel stärkere Anstrengungen für eine klimafreundliche Entwicklung, statt die Hauptbeförderer des Klimawandels zu unterstützen.«

Kurz vor Beginn des Weltklimagipfels in Paris bemühen sich unterdessen alle Beteiligten um konkrete Vorschläge: So kündigte die Weltbank am Dienstag an, zwischen 2016 und 2020 rund 16,1 Milliarden für den Kampf gegen die Erderwärmung in Afrika bereitzustellen.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/992584.konzernschutz-statt-klimaschutz.html>